

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit

Band: - (2017)

Heft: 21-22

Artikel: Ein Schritt aus der Sackgasse heraus : soziale Arbeit als solidarische Professionalität : Anmerkungen zu Ruedi Epple und Anne Kersten

Autor: Kunstreich, Timm

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-832424>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Timm Kunstreich

Ein Schritt aus der Sackgasse heraus: Soziale Arbeit als solidarische Professionalität. Anmerkungen zu Ruedi Epple und Anne Kersten¹

Mit ihrem argumentativ gut begründeten Vorschlag, Professionalität in der Sozialen Arbeit nicht am Vorbild der sogenannten «grossen Professionen» (vor allem der Medizin und der Juristerei) auszurichten, sondern sich im «Ring um Anerkennung» mit «politischen Bündnissen und politischem Kampf» (S. 125) zu verbinden, wollen die Autorin und der Autor die Soziale Arbeit aus der Sackgasse des Professionalismus herausführen (Epple/Kersten 2016). Dabei möchte ich sie in zwei Punkten unterstützen. Zum einen sollten normative Schliessungen des Feldes der Sozialen Arbeit rückgängig gemacht bzw. soziale Öffnungen (S. 113) unterstützt werden; zum anderen sollte erwogen werden, ob nicht eine solidarische Professionalität ein erster Schritt aus der Sackgasse des Professionalismus wäre. Für beide Aspekte beziehe ich mich auf eine grundlegende Position von Antonio Gramsci:

Gibt es ein einheitliches Kriterium, um gleichermassen die verschiedenen spezifischen Tätigkeiten Sozialer Arbeit zu erfassen und sie gleichzeitig und wesentlich von den Tätigkeiten der anderen gesellschaftlichen Gruppierungen abzugrenzen? Der verbreiteste methodische Fehler scheint mir zu sein, dass dieses Unterscheidungsmerkmal in der Spezifik der Tätigkeiten Sozialer Arbeit gesucht wird und nicht im ganzen System der Beziehungen, in dem sie, und damit die Gruppen, die sie repräsentieren, als Teil des Gesamtkomplexes der gesellschaftlichen Beziehungen ihren Platz finden ... alle Menschen sind SozialarbeiterInnen/SozialpädagogenInnen, könnte man sagen: Aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Professionellen der Sozialen Arbeit. (Gramsci 1967, S. 408f.; jetzt auch Gramsci 1996, S. 1499 – Textvariante von mir, im Original steht «Intellektuelle» statt «Soziale Arbeit» usw.)

Mit dieser Feststellung, dass alle Menschen Intellektuelle sind, aber nicht alle Menschen die Funktion von Intellektuellen in unserer Gesellschaft wahrnehmen, lässt sich das traditionelle Bild von Professionen kritisch beleuchten. Dass es nicht die intellektuellen Fähigkeiten von Ärzten, Juristen oder Theologen sind, die sie so bedeutend machen, sondern ihre hegemoniale Funktion, wird deutlich, wenn man die vorherrschende Definition von Profession gegen den Strich liest.

Professionen sind besondere Berufe, die ein bestimmtes Tätigkeitsfeld exklusiv bearbeiten, die Berufsverbände gründen, die Ausbildung und Zugang zum Berufsfeld kontrollieren, die ihre Berufskennntnisse wissenschaftlich untermauern und die sich einen Ethikcode geben. ... Ihre besondere Stellung als Profession verbindet sich mit einem hohen gesellschaftlichen Ansehen und einer guten Entlohnung. (Epple/Kersten 2016, S. 109)

Zentrale Kennzeichen sind also Ausschlüssungen: gegen die Laien, gegen alle anderen Berufe, gegen diejenigen, die ähnliches tun, aber nicht den Status des Professionellen haben (80% aller Gesundheitsleistungen in unserer Gesellschaft werden von Müttern geleistet, nicht von Ärzten). Besonders augenfällig ist die Tatsache, dass diese Professionen ihr hohes Einkommen und ihr hohes Prestige auch noch als Gemeinwohlorientierung geltend machen können. Angesichts dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, dass die nachdrängenden Professionen der Ingenieure, Pflegekräfte und der Sozialen Arbeit die gleichen Privilegien haben möchten. Zum Leidwesen der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen ist das bislang allerdings gescheitert.

Es musste auch scheitern, da eben die Differenz nicht in der konkreten Tätigkeit liegt, sondern in der hegemonialen Einbettung bzw. der Funktion der jeweiligen Tätigkeiten zur Herrschaftssicherung. Eine kritische Soziale Arbeit läuft dieser Schimäre nicht länger nach, sondern versucht eine eigene, kritische Konzeption von Professionalität zu entwickeln und zu praktizieren.

Der erste Schritt in diese Richtung ist die soziale Öffnung der Sozialen Arbeit. Die Tendenz zur sozialen Schliessung des wissenschaftlichen Feldes durch die Erfindung einer «Sozialarbeitswissenschaft» und die damit verbundene normative Festlegung der Profession auf die Lösung «sozialer Probleme» (S. 118) erschwert eine gesellschaftskritische Professionalisierung und verhindert einen systematischen Zugang zu der Tatsache, dass Soziale Arbeit nicht nur an der Hervorbringung, sondern auch an der

Erhaltung und «Pflege» sozialer Probleme massgeblich beteiligt ist. Wenn man nicht die Interaktion «Fachkraft – Klient» als «Spezifikum der Tätigkeiten» zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht, sondern – wie Gramsci es vorschlägt – das ganze «System der Beziehungen», dann ist das Soziale nicht automatisch assoziiert mit «Problemen», sondern mit dem aktuellen Beziehungsgeflecht einer Gruppe oder einer Gesellschaft *insgesamt*. Es ist somit nicht auf isolierte Handlungen zu reduzieren, weil jede Handlung (im Anschluss an Max Weber) mit sozialem Sinn begabt ist. Es geht aber auch nicht in den Strukturen einer Gruppe oder Gesellschaft auf, obwohl diese (im Anschluss an Marx) durch das Soziale immer wieder erneuert bzw. modifiziert werden.

Das Soziale als Geflecht von Relationen ist von eigener Qualität

Das Soziale konstituiert sich durch den wechselseitigen Bezug der Menschen untereinander – durch Kommunikation und produktive Tätigkeiten. So betrachtet beinhaltet jede «Intervention», jedes «Angebot» und jede sonstige Tätigkeit in der Sozialen Arbeit eine Relationierung im gegebenen sozialen Raum einer Gesellschaft. Masseinheit dieser Relationierung sind Umfang und Struktur von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital, das in der Praxis der Relationen als symbolisches Kapital zusammenfliesst. Epple/Kersten verbinden diesen Bezug mit dem regulationstheoretischen Ansatz der “cultural political economy” (CPE), mit dem sie die transformative Wirkung im Sozialen zu einem Dispositiv verfolgen, in dem diskursive und materielle Elemente zu einer eigenen Gestalt gerinnen (S. 111 f.).

Das symbolische Kapital der Sozialen Arbeit wird üblicherweise unter professionelle Konzepte von «Hilfe» subsumiert. Tatsächlich jedoch geht es in den von Sozialer Arbeit gestifteten Relationen um die Verfestigung oder Veränderung von sozialen Platzierungen, die von den AdressatInnen dieser Intervention entweder als gerecht (was in Konfliktfällen seltener passiert) oder als sozial ungerecht (was im Konflikt häufiger der Fall sein dürfte) erlebt werden. Diese Platzierungsfunktion hängt wesentlich mit den kollektiven Repräsentationen (Durkheim) von sozialer Gerechtigkeit zusammen bzw. wird durch sie legitimiert. Die hegemoniale Repräsentation sozialer Gerechtigkeit ist zweifelsohne die patriarchale. Ihr wesentliches Kennzeichen ist das eines fürsorgenden Oberhauptes (Vater, Meister, Grundbesitzer, König, Gott, Staat, ...), das für den Lebensunterhalt ebenso sorgt wie dafür, dass jede den ihr zustehenden Platz (z. B. in der Küche) und jeder die ihm zukommenden eingegrenzten Rechte (z. B. als unmündiges

Kind) erhält. Die patriarchale Repräsentation basiert also auf struktureller Ungleichheit der Gesellschaftsmitglieder.

In den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um diese dominante Repräsentation gab und gibt es immer auch eine «sub-dominante» Repräsentation, die insbesondere in sozialen Konflikten an Bedeutung gewinnt. Diese oppositionelle Repräsentation von Gerechtigkeit basiert auf der Vorstellung der Gleichheit aller Menschen – ohne Abstriche an Stand, Klasse, Geschlecht oder Alter.

Die patriarchale Repräsentation in der Sozialen Arbeit wird immer dann realisiert wenn Professionelle wissen, was gut *für* ihre Klienten ist und entsprechende Platzierungen vornehmen: das «gestörte/störende» Kind gehört in die Tagesgruppe, die «aggressiven» Jugendlichen ins Anti-Gewalt-Training usw. Egalitäre Repräsentationen sind dann professionell handlungsleitend, wenn *mit* den AdressatInnen zusammen versucht wird, eine als ungerecht erlebte Platzierung zu verändern (z. B. durch die Ermöglichung eigenen Wohnraums als «Befreiung» von repressiven Familien- und Heimkontexten) oder eine als momentan angemessen erlebte Platzierung zu erhalten (z. B. Überlebenshilfe in der Drogenszene). Zugespielt formuliert: Der soziale Code «für» kennzeichnet den hegemonialen Aspekt der Sozialen Arbeit, der soziale Code «mit» den antihegemonialen. Beide sind im Alltag unlöslich miteinander verwoben.

Die daraus zu ziehende Schlussfolgerung – dass nicht Hilfe, sondern soziale Gerechtigkeit das Leitthema Sozialer Arbeit ist – hat aber noch eine weitere Konsequenz für die Professionellen der Sozialen Arbeit: den zweiten Aspekt aus dem obigen Zitat von Gramsci: Wenn der Ausgangspunkt für die Verortung einer sozialen Gruppe nicht die Spezifik der Tätigkeit, sondern deren Einbindung in das gesellschaftliche System ist, dann wird die Gruppe der Professionellen Sozialer Arbeit erst in zweiter Linie durch ihre AdressatInnen (bzw. «Klienten») definiert. In erster Linie geschieht dies durch Gruppen, die «sie repräsentieren», also beispielsweise durch «Mittelschichten» mit entsprechendem ökonomischem und Bildungskapital oder – je nach Perspektive – durch grün-alternative, liberale, sozial- oder christdemokratische Milieus. Durch diesen Perspektivenwechsel werden wir selbst zum Gegenstand der Analyse gemacht und nicht – wie üblich – unser «Klientel». Nun sind wir selbst gefragt, wie wir unser Verhältnis zu den AdressatInnen und anderen Teilen der Gesellschaft definieren wollen. Es geht damit um die Analyse von Beziehungen, von Relationen, in die wir selbst verstrickt sind. Die Codierung dieser Relationen, z. B. als «doppeltes Mandat», gerät dabei leicht zu einer Entlastung von schwierigen bzw.

kritischen Anfragen an uns selbst. Es ist leichter, «stellvertretend deutend» auf bestimmte Veränderungsnotwendigkeiten unserer Klientel hinzuweisen, als die eigenen Motive für eine politisch-kulturelle Veränderung der Gesellschaft in das berufliche Alltagsleben einzubeziehen.

Wenn wir uns also die Motive für unser Handeln nicht bei unseren «KlientInnen» ausleihen können, welche eigenen Gründe für unser fachliches und politisches Handeln lassen sich dann finden, ohne beides – fachliches und politisches Handeln – miteinander zu verwechseln oder das eine auf das andere zu reduzieren? Genauso wenig wie man im Sitzen Tanzen lernen kann, kann man aus der analytischen Beobachterperspektive heraus praktisch handeln. Gedanklicher Ausgangspunkt muss deshalb ein Akteursmodell von Gesellschaft sein, in dessen Mittelpunkt das Erleben von Gesellschaft aus der Teilnehmerperspektive steht.

Gesellschaft aus dieser Perspektive zu rekonstruieren beinhaltet, dass es keine Gruppierung gibt, die «Gesellschaft» besser, fundierter oder «wahrer» interpretieren könnte als die andere. Allerdings gibt es soziale Konstruktionen, die deutungsmächtiger sind als jeweils andere. Dieser Umstand verweist auf die hegemoniale Ordnung und ist kein Argument gegen die Egalität der Wissens- und Erfahrungsdomänen. Eine solche Gleichberechtigung von Wissensdomänen besteht aus kulturanalytischer Sicht darin, dass Menschen Erzeuger und Benutzer von Deutungen sind. Ein solches erzeugtes und benutztes Deutungssystem ist das Alltagsverständnis genauso wie das wissenschaftliche Wissen (vgl. Klatetzki 1993, S. 53). Akzeptieren wir dieses Bild, wird offensichtlich, dass nicht eine Gruppierung einer anderen ein Mandat aussprechen kann, sondern jede nur für sich und mit anderen zusammen bzw. gegen andere handeln und agieren kann. Jede Gruppierung muss notwendigerweise ihre Motive aus der je eigenen Interessenlage heraus definieren. Ob Gruppierungen ihre politischen, ökonomischen, kulturellen oder sonstigen Interessen realisieren können oder nicht, hängt ganz wesentlich von ihrer Macht bzw. Ohnmacht ab. Versteht man «Macht» nicht im Sinne Webers instrumentell als die Durchsetzung des eigenen Willen gegen andere, sondern mit Hannah Arendt als die «menschliche Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschliessen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln», dann wird «Macht» nicht etwas, was im Besitz eines Einzelnen ist, sondern «sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent, als die Gruppe zusammenhält» (Arendt 1990, S. 45). «Macht» hat gemäss diesem relationalen Verständnis in jeder Gruppierung ihre spezifische Ausprägung, die sich in ihren Aktivitäten realisiert.

Stellt man sich dementsprechend Gesellschaft aus der Akteursperspektive als eine fast unendliche Anzahl von Gruppierungen mit ihren Kämpfen, Rivalitäten, Verstrickungen und Zuneigungen vor, lässt sich behaupten, dass die Gesamtheit aller Interventionen der Sozialen Arbeit faktisch eine relativ geringe Rolle für den Erhalt einer Gesellschaft spielt. Egal aus welchem Anlass eine derartige Intervention oder ein Angebot erfolgt, sie bzw. es hat Konsequenzen für die jeweiligen Gruppierungen; sei dies dass die Gruppierungen in ihrer Macht, das Alltagsleben zu bewältigen, gestärkt werden, sei es, dass sie ihre Ohnmacht, genau dies nicht zu können bestätigt bekommen. «Sozialarbeit muss an Ort und Stelle die objektiven Handlungs- und Erfahrungschancen der Betroffenen vergrössern, will sie den Kreislauf der Verelendung durchbrechen» (Negt 1978, S. 66). Entgegen den Tendenzen neoliberal verfasster, moderner Sozialarbeit, die *individuelle Nachfragemacht* einzelner Akteure (angeblich) zu stärken (z. B. in der «Elternnachfrage» bei den Hilfen zur Erziehung oder bei der Kita-Card), dürfte eine Stärkung *kollektiver Teilhabemacht* die Handlungs- und Erfahrungsdomänen der Betroffenen eher erweitern. Das passiert überall dort, wo professionelle Interventionen als gelingende erlebt werden, namentlich dann, «wenn sie eine wichtige Bedeutung im solidarischen Beziehungsgeflecht der Sozialitäten» erhalten (Kunstreich 2014b, S. 367 f.; vgl. auch Langhanky 2017). Eine derartige solidarische Professionalität ist nicht an eine Methode oder ein normatives Gebilde gebunden, sondern ist situativ vielfältig – und manchmal auch subversiv.

Das kann bereits bei scheinbar nebensächlichen Aspekten beginnen: Teilhabemacht wird immer dann gestärkt, wenn z. B. ein Kind sich in einem Setting aufgehoben fühlt, wenn eine jugendliche Clique in ihrem Drang nach Selbstmächtigkeit unterstützt wird, wenn Drogengebrauchern praktische Lebenshilfe zuteil wird, die sie ohne die Eintrittskarte der Entzugswilligkeit in Anspruch nehmen können. Diese *Ebene* ist zugleich die *erste* und fundamentale einer politischen Produktivität Sozialer Arbeit. Denn wie die angedeuteten Beispiele deutlich machen, ist ihre Realisierung selten konfliktfrei. Die Konflikte werden dann allerdings nicht den AdressatInnen angelastet, die Konfliktlinie verläuft vielmehr z. B. zwischen professionellen Akteuren und institutionellen Managern oder Trägern und Finanziers. Sie verläuft im institutionellen und das bedeutet auch: im zumindest fachöffentlichen sozialen Raum. Auf dieser Basis können sich themenspezifische Konflikte ergeben. Diese sind die *zweite Ebene* politischer Produktivität. Zu nennen wären hier u. a. der Kampf gegen die (Wieder-)Einführung der geschlossenen Unterbringung, der Streit um die

Herabsetzung der Strafmündigkeit, der Konflikt um akzeptierende Drogenarbeit, die Auseinandersetzung um die Arbeit mit sogenannten «rechten Jugendlichen». Viele Arenen dieser zweiten Ebene politischer Produktivität verbleiben im regionalen bzw. fachlichen Rahmen. Nur wenige erreichen die Aufmerksamkeitsstufe einer grösseren Öffentlichkeit – die *dritte Ebene* politischer Produktivität. Diese von sich aus zu erreichen, ist der Sozialen Arbeit aufgrund ihrer strukturkonservativen Einbettung in die hegemoniale Ordnung – eben als Platzierungsagentur in der Auseinandersetzung um sozial gerechte Positionen – kaum möglich. Mit Sozialer Arbeit verbindbare Themen gewinnen aber immer dann an Bedeutung und Artikulationskraft, wenn sie – wie historische Beispiele zeigen – von sozialen Bewegungen aufgegriffen und von ihnen zu ihrer Sache gemacht werden: Das Beispiel der Arbeiterbewegung macht das im Kampf um die Rechte der Jugendlichen und Armen genauso deutlich wie es die Frauenbewegungen der verschiedenen Zeiten im Bezug auf die Rechte und Platzierungen von Frauen machten und machen – nicht zu vergessen auch die verschiedenen Ausprägungen der historischen und aktuellen Jugendbewegungen.

Unter diesem Aspekt kann der Bezug auf die Menschenrechte und deren Unbedingtheit und Unteilbarkeit zu einem wichtigen verbindlichen Element aller drei Ebenen der politischen Produktivität Sozialer Arbeit werden. Eingebunden sein aber muss dieser Bezug in die drei Grundkomponenten des sozialen Codes «mit» als Basis einer solidarischen Professionalität: *Alltagsorientierung* als Möglichkeitsraum von *Aktivierung*; *Partizipation in Form von individueller und kollektiver Gestaltungsmacht* als Praxis von *Solidarisierung*; *Dezentralisierung* bzw. *Regionalisierung* als neues Konzept der *Selbstregulierung* (vgl. Kunstreich 2016).

Um tatsächlich in der unüberschaubaren Vielfalt möglicher Situationen einen Artikulationsspielraum zu eröffnen, wenn ein Kind, ein Jugendlicher oder ein Erwachsener sagt: «So geht das nicht mehr weiter; das mache ich nicht mehr mit», dann muss die soziale Einrichtung, die auf eine derartige *Aktivierung* vorbereitet sein will, unproblematisch erreichbar, flexibel und offen sein – also das Gegenteil von hochschwelligem, spezialisierten Beratungsstellen. Und es müssen Ressourcen zur Verfügung stehen, die unmittelbar in solchen Situationen nützlich sind, d. h. eine Bedeutung im Alltag und in der Lebenswelt der Nutzerin bzw. des Nutzers erlangen können.

Partizipation als Praxis von *Solidarisierung* meint nicht das naive Überspringen von sozialen und herrschaftlichen Differenzen, Zwängen oder Konflikten, sondern die tatsächliche individuelle und kollektive Betei-

ligung an sinnstiftenden und alltagspraktischen Aktivitäten und Projekten.

Die Sicherung der Antrags-, Einspruchs- und Verweigerungsrechte ist ebenso notwendig wie die Sicherung von Mitbestimmungsmöglichkeiten in Bezug auf Planung, Gestaltung und Durchführung von Angeboten. Partizipation geht über in Kooperation, mit den Jugendlichen, den Familien und den Betroffenen. (Thiersch 1992, S. 33f.)

Regionalisierung meint vor allem aber die Verlagerung von Zuständigkeiten an die Basis und damit die Notwendigkeit von Planung und Kooperation im Kontext der jeweiligen lokalen regionalen Gegebenheiten, besonders im Kontext der Initiativ- und Selbsthilfeszene. (Thiersch 1992, S. 31, Hervorhebung TK)

Wenn *Dezentralisierung* auch eine dezentrale Vergabe der für die jeweilige Region notwendigen Mittel meint, dann können aus Ansätzen informeller Selbstregulation neue Formen von Selbstorganisation geschaffen werden, in denen *Alltagsorientierung* tatsächlich heisst, über die vorhandenen Ressourcen verantwortlich mit zu verfügen, und in denen *Partizipation* durch materielle Besitzrechte der Nutzerinnen und Nutzer gesichert wird. Wie das aussehen könnte, soll in einem abschliessenden «Tagtraum» deutlich werden.

Die Tendenz, die in dem sozialen Code «mit» angelegt ist und die deshalb weiter gedacht werden kann und soll, ist die Aufhebung der disziplinierenden Institutionen in kooperierende Assoziationen in Form von Sozialgenossenschaften und lokalen Ressourcenfonds, die die Mitglieder selbst produktiv realisieren – sowohl die NutzerInnen als auch die Professionellen. Beide erleben in diesem Transformationsprozess einer Politik des Sozialen ein «positives Membership» (Hans Falck 1997) in der Praxis «gemeinsamer Aufgabenbewältigung» (Mannschatz 2010).

Ein Jugend-Ressourcen-Fonds (JuReF) als Sozialgenossenschaft

Überträgt man die Grundprinzipien von Genossenschaften auf die Situation von älteren Kindern und von Jugendlichen, so könnte man sich vorstellen, dass jedem und jeder Jugendlichen ab einem bestimmten Alter (z. B. 7–18 Jahren) ein Recht auf einen Genossenschaftsanteil zusteht, der Stadtteil- und/oder projektbezogen gültig ist. Sie könnten also die ihnen zuste-

henden Bürgerrechte als eigenständige Subjekte ohne Treuhandenschaft praktizieren.

Die Grundidee am Beispiel Hamburgs ist einfach: Die Bürgerschaft beschliesst, einen Jugend-Ressourcen-Fonds (JuReF) zu gründen, der in Form von sieben Sozialgenossenschaften (in jedem der sieben Bezirke eine) realisiert wird. In jeder dieser Genossenschaften werden alle Personal- und Sachmittel zusammengefasst, die in dem jeweiligen Bezirk für die offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung in freier und kommunaler Trägerschaft zur Verfügung stehen. Dieser finanzielle Grundstock wird durch die Anzahl der im Bezirk berechtigten Kinder und Jugendlichen geteilt: Jeder Teilbetrag wird zu einem Genossenschaftsanteil, über den jede und jeder Jugendliche für den Zeitraum ihrer und seiner Stimm-berechtigung verfügen kann. Entsprechend der jeweiligen Genossenschaftsanteile in einem Bezirk fliessen die gesetzlich festgelegten jährlichen Mittel in diese Sozialgenossenschaften. Auf dieser Basis wäre es zum Beispiel möglich, teure und z. T. nicht stark frequentierte Häuser («Behördenkmäler») der Jugend zu verkaufen und das Geld z. B. in Personalstellen, in kleinere gemietete Einheiten oder neue Projekte zu investieren. Die Ziele, die damit erreicht werden können, liegen zum einen darin, dass die gesetzliche Verpflichtung zu Offener Kinder- und Jugendarbeit nicht länger als «freiwillige Aufgabe» abgetan oder Offene Arbeit nicht einfach von der Schule für ihre unausgegorene Ganztagsaufblähung geschluckt werden kann, sondern rechtlich abgesichert wird, dass aber zum anderen auch die in den Einrichtungen arbeitenden Professionellen nach den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ihre Arbeit weiterentwickeln könnten, ohne Arbeitsplatzverluste befürchten zu müssen. Ausserdem ist es auf dieser Basis möglich, die Versäulung auch der offenen Kinder- und Jugendarbeit aufzubrechen. Auch ein Wechsel von Fachkräften zwischen Clubarbeit, Strassensozialarbeit, Elternschule und Abenteuer-spielplatz wäre ohne Weiteres denkbar.

Über die in den Genossenschaftssatzungen vorgesehenen Organe würden Kinder und Jugendliche direkt Einfluss auf die für sie gedachten Angebote nehmen können und darauf achten, dass die unterschiedlichen Interessen von Mädchen und Jungen und anderen «queeren» Kulturen realisiert werden. Fachkräfte könnten entweder selbst Mitglied in diesen Genossenschaften sein oder eine eigene professionelle Sozialgenossenschaft gründen, um mit den jugendlichen Quartiers- oder Projektgenossenschaften entsprechende Verträge abzuschliessen. Eine derartige Vision würde zunächst nicht mehr Geld kosten, sondern lediglich bestehende

Geldströme anders verteilen. Allerdings wären derartige Genossenschaften mächtiger als isolierte einzelne Jugendliche oder jugendliche Cliques. Hier würden sie solidarische Professionalität schaffen und *individuelle Nachfragemacht zu kollektiver Teilhabemacht erweitern*.

Literatur

- Arendt, Hannah (1990). *Macht und Gewalt*. München.
- Epple, Ruedi & Kersten, Anne (2016). In der Sackgasse: Soziale Arbeit zwischen Professionalität und Professionalismus. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit*, Heft 19/20, S. 107–131.
- Falck, Hans S. (1997). *Membership. Eine Theorie der Sozialen Arbeit*. Stuttgart.
- Gramsci, Antonio (1996). *Gefängnishefte*. Band 7: Hefte 12 bis 15. Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1967). *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*. Frankfurt am Main.
- Klatetzki, Thomas (1993). *Wissen was man tut. Professionalität als organisationskulturelles System. Eine ethnographische Interpretation*. Bielefeld.
- Kunstreich, Timm (2016). Vorwärts und nicht vergessen: die Politische Produktivität Sozialer Arbeit. In: *Neue Praxis*, H. 1. S. 20–32.
- Kunstreich, Timm (2014a). *Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit*. Band 1. Bielefeld (download: [http://: timm-kunstreich.de](http://timm-kunstreich.de)).
- Kunstreich, Timm (2014b). *Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit*. Band 2. Bielefeld (download: <http://: timm-kunstreich.de>).
- Langhanky, Michael (2017). *Auf der Suche nach einem anderen Wir. Kleine Narrative zu einer kritischen Sozialen Arbeit*. Weinheim/Basel.
- Negt, Oskar (1978). Notizen zum Verhältnis von Produktion und Reproduktion. Am Beispiel des politischen Selbstverständnisses von Sozialarbeitern. In: Adrian Gaertner & Christoph Sachsse (Hrsg.), *Politische Produktivität der Sozialarbeit*. Frankfurt am Main, S. 59–71.
- Thiersch, Hans (1992). *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit*. Weinheim/München.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel basiert auf Erwägungen, die ich in den Eingangs- und Abschlusskapiteln des «Grundkurses Soziale Arbeit» ausführlicher dargelegt habe, ohne diese im Einzelnen kenntlich zu machen; vergleiche insbesondere Kunstreich 2014a, 2014b, 2016.